

## ÖDP Rede Klaus Mrasek LPT Schwabach 11.06.2016

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP,  
ich darf Sie ganz herzlich zum diesjährigen Landesparteitag der bayerischen ÖDP  
hier in Schwabach begrüßen.

### Gedenken für verstorbene Parteifreunde:

Liebe Anwesende, bitte erheben Sie sich zum Gedenken an unsere verstorbenen  
Parteifreunde.

Vor drei Monaten ist Hermann Lobinger aus Nabburg in seinem 89. Lebensjahr  
verstorben. Er war ein Urgestein der ÖDP. Lange Jahre hat er als Gründungsmitglied  
unermüdlich in seinem Heimatkreisverband Schwandorf aber auch im Bezirks-,  
Landes- und Bundesvorstand für eine lebensfreundliche Zukunftssicherung  
gearbeitet. Gerade in der Anfangsphase der ÖDP hat er mit seiner Arbeit in der  
Programmkommission das inhaltliche Fundament unserer Partei mit geprägt. Der  
Rechtsabgrenzungsbeschluss des Bundesparteitages Saarbrücken vom  
18./19.02.1989 wurde von ihm maßgeblich unterstützt. Wir verlieren mit ihm einen  
überzeugten Ökologen und aufrichtigen Demokraten. Er reiht sich ein in die  
Freundinnen und Freunde, die wir seit Oktober 2014 verloren haben. Wir wollen ihrer  
in einer stillen Minute gedenken und schließen auch ihre Angehörigen darin ein.

Vielen Dank!

### Hochwasserkatastrophen in Bayern:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
die Hochwasserkatastrophen in Bayern, die sich in den letzten Wochen im ganzen  
Freistaat ereignet haben, führen die Folgen drastisch vor Augen, die eine  
rücksichtlose Politik gegen unsere Lebensgrundlagen zeigt. Unser Mitgefühl gilt den  
Menschen, die Angehörige verloren haben und sich in ihrer Existenz bedroht sehen.  
Es ist richtig, auch in der Vergangenheit hat es immer wieder Hochwasserereignisse  
gegeben, trotzdem unterscheiden sich die aktuellen Schadenereignisse nach  
Aussage aller Fachleute durch folgende Fakten:

- Der Klimawandel macht sich immer mehr bemerkbar,  
Starkniederschlagsereignisse mit lokal katastrophalen Folgen nehmen stetig  
zu.
- Die zeitlichen Abstände zwischen den Schadenereignissen werden ständig  
kürzer. Die Flutkatastrophe an der Donau und ihren Zuflüssen, die  
Niederbayern verheert hat, liegt gerade einmal drei Jahre zurück.
- Flächenfraß und Flächennutzung gehen vor allem in Bayern ungebremst  
weiter, derzeit werden im Freistaat täglich 18 Hektar für Wohn-, Gewerbe- und  
Verkehrszwecke neu versiegelt. Dazu kommt die Umnutzung von Flächen  
durch die intensive Landwirtschaft, z. B. durch das Umbrechen von Grünland,  
um Ackerflächen für den Maisanbau zu gewinnen.

- Der Umgang mit Wasser (Grundwasser, Niederschlagswasser, Oberflächengewässer) als eine unserer elementaren Lebensgrundlagen ist trotz vorhandener Schutznormen weder schonend noch nachhaltig.

Als politisch interessierte Frauen und Männer fragen wir uns, ob die Politik die Zeichen der Zeit erkannt hat und diesen Fakten gegensteuert. Fehlanzeige – das Gegenteil passiert! Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, wenn „Heimatminister“ Söder gerade dabei ist, die letzten Schranken gegen den ungehinderten Flächenfraß im Landesentwicklungsprogramm LEP zu beseitigen. Söder will das Anbindegebot für Gewerbegebiete im LEP streichen. Im bayerischen Landtag hat er das mit dem schönen Satz begründet, dass man den Lokalpolitikern auch einmal zutrauen müsse, vernünftige Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, die ÖDP Bayern zeichnet sich dadurch aus, dass sie mit über 380 kommunalen Mandatsträgern in den Städten, Gemeinden und Landkreisen vertreten ist. Auch heute sind viele unserer Mandatsträger auf unserem Parteitag anwesend. Und, liebe Parteifreunde, wir erleben doch Tag ein, Tag aus den Alltag in diesen Gremien. Ständig werden neue Gewerbeflächen und Baugebiete ausgewiesen und neue Straßenbauten gefordert. Das sind die Realitäten, Herr Söder. Vor dem Hintergrund dieser Bilanz grenzt es an Realitätsverweigerung, wenn man das Anbindegebot auch noch entsorgen möchte. Die Bilanz der Staatsregierung in Sachen Flächenfraß ist trostlos. Wenn Sie Zeit haben, schauen Sie einmal im Internet nach zum bayerischen Bündnis für Flächensparen aus dem Jahr 2003. Dort haben sich neben dem Umwelt- und Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden 23 weitere Verbände zum Flächensparen bekannt. Die gemeinsame Erklärung liest sich wie ein ÖDP-Text. Die Krux an der Sache, so wie bei fast allen Bündnissen, ist die „Freiwilligkeit“, die sich in der Praxis als völlig wirkungslose Absichtsbekundung entpuppt. Oder hat schon jemand von unseren Mandatsträgern erlebt, dass ein Oberbürgermeister oder ein Landrat ein flammendes Plädoyer gegen den Flächenfraß anlässlich eines neuen Großprojekts gehalten hat? Fast schon makaber ist die Festschrift zum 10-jährigen Jubiläum des Bündnisses fürs Flächensparen in der üblichen Qualität – schöne Bilder unserer bayerischen Heimat verbunden mit geradezu lyrischen Texten der Bündnispartner zu den hehren Absichten der Beteiligten. Mit keinem Wort erwähnt ist die Tatsache, dass die Ziele krachend verfehlt wurden. Vor diesem Hintergrund kommt jetzt Herr Söder und will das Anbindegebot aus dem LEP schmeißen. Ein echter Wahnsinn und pure Realsatire!

Liebe Parteifreunde, vor diesem Hintergrund wird es höchste Zeit, die Landesentwicklung dem Geschäftsbereich des Finanzministeriums zu entziehen und wieder dort anzusiedeln, wo zumindest eine gewisse Voraussetzung für einen verantwortlichen Umgang vorhanden sein sollte, nämlich im Umweltministerium.

Neben den Kommunen und dem Freistaat steht ja auch der Bund in der Verantwortung in Sachen Flächennutzung. Wie sieht es also auf Bundesebene aus? Zeigen sich wenigstens dort Anzeichen für ein Umsteuern? Leider muss man feststellen – auch auf Bundesebene Fehlanzeige. Die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes BVWP 2030 hätte die Chance geboten, Mobilität zukunftsfähig und damit auch flächensparend zu gestalten und in eine ökologische Verkehrswende einzusteigen. Was ist passiert? Natürlich das Gegenteil. Der BVWP 2030 entpuppt sich als gigantisches Autobahn-Neubauprogramm. Über 910 Straßenbauprojekte, 500 neue Ortsumgehungen, davon allein 100 in Bayern, über 170 Naturschutzgebiete sollen durchschnitten werden, der geplante

Flächenverbrauch liegt bei 15.000 Hektar, das sind umgerechnet täglich vier Fußballfelder. Insgesamt will der Bund bis 2030 die Summe von 260 Milliarden Euro ausgeben. Kaum etwas bleibt übrig von der Verkehrsverlagerung auf die Schiene, die im Vergleich zur Straßenbauorgie sträflich benachteiligt wird. Hinter dem BVWP steckt die Ideologie vom ungebremsten Wachstum durch mehr Mobilität in Form von MIV (motorisierter Individualverkehr). Der Landesvorstand Bayern hat seine Bezirks- und Kreisverbände informiert, dass im Zuge der Erstellung des BVWP 2030 erstmalig die Möglichkeit besteht, im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit eine Stellungnahme zu den Planungen abzugeben. Liebe Parteifreunde, ich danke allen, die diese Gelegenheit genutzt und unsere Vorstellungen über eine ökologische Verkehrswende in die öffentliche Debatte eingebracht haben.

Zurück zum Flächenfraß. Die ÖDP Bayern hat auf ihrem Landesparteitag in Dingolfing ein Positionspapier zum Ausstieg aus dem Flächenverbrauch beschlossen. Ab 2016 wird danach der Verbrauch linear um 10 Prozent jährlich verringert, so dass im Jahr 2026 der Flächenfraß auf Null reduziert ist. Um ein Bewusstsein für die endliche Ressource Flächen zu schaffen, fordern wir den Einstieg in den Flächenhandel durch Flächenzertifikate. Alle bisherigen Versuche, die auf Freiwilligkeit und Appellen an die Vernunft basiert haben, sind gescheitert, deshalb braucht es diesen neuen Ansatz. Mein Vorstandskollege Christoph Zollbrecht und der Bezirksvorsitzende Oberbayern Franz Hofmaier haben sich in das Thema eingearbeitet und stehen für Veranstaltungen vor Ort gerne zur Verfügung. Auch ein wirksamer Hochwasserschutz ist letztlich eine Frage der Flächennutzung. Fließgewässer brauchen Überschwemmungsflächen, damit zukünftig aus einem schadenträchtigen Hochwasser ein schadenarmes Breitwasser werden kann. Das hydrologische St.-Florians-Prinzip, nämlich Niederschläge unter Zuhilfenahme technischer Mittel möglichst schnell und vollständig an die Unterlieger weiterzugeben, muss beendet werden. Neben der oberirdischen Rückhaltefähigkeit der Böden im Hochwasserfall ist auch die unterirdische Rückhaltefähigkeit zu erschließen. Ziel aller Maßnahmen muss es sein, Hochwasser so lange und so viel als möglich in der Fläche zurückzuhalten. Übrigens, Katastrophen-Sightseeing durch die üblichen Verdächtigen hilft den Betroffenen überhaupt nichts. Wer nicht bereit ist, seine politischen Entscheidungen in diesem Sinn zu ändern, wird zukünftig verantwortlich sein für den Verlust von Menschenleben.

### Energiewende:

Die Zunahme von Wetterextremen wird durch den Klimawandel verursacht. Der Klimawandel wiederum beruht auf der Nutzung fossiler Energieträger seit Beginn der Industrialisierung. Die daraus resultierenden Abfallstoffe, insbesondere das klimawirksame CO<sub>2</sub>, wurden und werden einfach in unserer Atmosphäre deponiert. Auch wenn es immer wieder Versuche gut bezahlter Lobbyisten gibt, diesen Ursache-Wirkungszusammenhang zu leugnen – das ist der Stand der wissenschaftlichen Klimaforschung. Aufgabe der Politik ist es, die Ursachen für den Klimawandel zu bekämpfen. An wortreichen Absichtserklärungen mangelt es nicht – denken Sie an den G7-Gipfel in Elmau vor knapp einem Jahr, dort wurde die Dekarbonisierung der Wirtschaft verkündet und die Einhaltung des 2 Grad Klimaziels versprochen. Auch in die Bundesregierung hat diese Erkenntnis Einzug gehalten. Umweltministerin Hendricks hat in dieser Woche festgestellt, dass die Hochwasserkatastrophen vermutlich Folge des Klimawandels sind! Und was folgt konkret aus dieser Erkenntnis? Das genaue Gegenteil! Merkel, Gabriel und Seehofer

reden von der Energiewende und ändern gleichzeitig das EEG so, dass die erneuerbaren Energien EE ausgebremst und das Ziel 100 Prozent EE auf den St. Nimmerleins-Tag verschoben werden. Verlogener geht es nicht mehr. Was soll mit der EEG-Neufassung kommen? Neben der Deckelung des PV-Anlagenzubaus wird auch der WKA-Zubau auf dem Festland (onshore) gedeckelt. Außerdem will man den EE-Ausbau an den Ausbau der Hochspannungstrassen koppeln, obwohl die Kapazitäten dort überwiegend durch Kohlestrom verstopft werden. Der Eigenverbrauch von PV-Strom, der ursprünglich politisch gewollt war, wird nicht nur durch die seit 2014 fällige EEG-Umlage erschwert, aktuell wird geplant, zusätzlich Stromsteuer zu erheben. Mittels der Steuerschraube wird damit der wirtschaftliche Vorteil der PV-Eigenstromnutzung beseitigt. Fehlt nur noch die Einführung einer Sonnensteuer! Völlige Fehlanzeige herrscht dagegen beim Thema Stromspeicher, stattdessen häufen sich die ökologisch völlig sinnlosen Abregelungen von EE-Anlagen wegen Kapazitätsengpässen im Stromnetz durch das Überangebot von Braun- und Steinkohlestrom. Auch der perverse Wälzungsmechanismus zur EEG-Umlage wurde natürlich nicht geändert. Der preiswerte EE-Strom sorgt dafür, dass die Strompreise an der Strombörse sinken. Diese Preissenkungen werden natürlich nicht an die privaten Endkunden weitergegeben. Diese Einnahmeverluste werden vielmehr durch die Erhöhung der EEG-Umlage ausgeglichen – schon ist die Perversion perfekt. EE-Strom wird immer preiswerter – dafür steigt die EEG-Umlage – ein Wahnsinn! Ab 2017 will man aus dem System der garantierten Einspeisevergütung aussteigen und dafür das Bürokratiemonster Ausschreibungsverfahren einführen – faktisch das Ende für alle Bürgerenergiegenossenschaften.

Bayern leistet sich natürlich ein besonderes Schmankerl – die 10H-Regelung. Wie nicht anders zu erwarten, hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof diese Regelung bestätigt. Damit haben wir es Horst Seehofer und seiner CSU zu verdanken, dass die Windkraft in Bayern erledigt ist. Gratulation, das CSU-Requiem (Sterbeamte) zur Beerdigung der Energiewende ist hiermit gesungen!

Liebe Parteifreunde, so beeinflusst Schwarz-Rot maßgeblich die Politikverdrossenheit! Vorgeblich die Energiewende fordern und tatsächlich alles tun, damit die Dinosaurier der Energiewirtschaft, die alten Energieversorger, möglichst lange überleben können.

Unseren Parteifreunden in München bin ich außerordentlich dankbar, dass sie die Energiewende mit einem konkreten Projekt vor Ort in Angriff nehmen. Mit dem Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“ will die ÖDP München mit ihren Bündnispartnern dafür sorgen, dass das Steinkohlekraftwerk der Stadtwerke München bis spätestens 31.12.2022 stillgelegt wird. Dieses Kraftwerk ist ein echter Klimakiller. Es pulvert mehr CO<sub>2</sub> in die Luft als der gesamte Straßenverkehr in München. Daneben gelangt auf diesem Weg hochgiftiges Quecksilber in die Umwelt. Die gesamten 800.000 Tonnen Steinkohle pro Jahr (d. h. pro Minute werden 1,5 Tonnen Steinkohle verbrannt) müssen importiert werden. Der Steinkohleabbau ist in den Herkunftsländern mit massiven Umweltzerstörungen und teilweise auch erheblichen Menschenrechtsverletzungen verbunden. Dieses Bürgerbegehren verwirklicht beispielhaft das Motto global denken – lokal handeln. Die ÖDP Bayern unterstützt unsere Parteifreunde in München mit allen Kräften. Die Einnahmen unseres nächsten Bettelbriefs (Fundraisers) werden vollständig für dieses Projekt verwendet. Von den benötigten 35.000 Zulassungsunterschriften liegt bereits ein Drittel vor. Gemeinsam wollen wir die restlichen Unterschriften sammeln und damit die Voraussetzungen schaffen, dass die Münchnerinnen und Münchner wie bei dem

Bürgerbegehren zur 3. Startbahn eine ökologische Wahl treffen und in einem Bürgerentscheid aus dem Klimakiller Steinkohle aussteigen!

Otmar Edenhofer, der Chefökonom des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung – er war einer der wichtigsten Berater von Papst Franziskus, als dieser vor Jahr und Tag seine Enzyklika „Laudato Si“ geschrieben hat – dieser Otmar Edenhofer tritt überall mit einer klaren Forderung auf: „Die Kohle muss unter der Erde bleiben! Wer weiterhin Kohle verfeuert, schlägt die Tür zum 2-Grad-Ziel krachend zu.“

Ich bitte Sie alle: Machen Sie mit Ihrem Kreisverband einen Ausflug nach München. Lassen Sie sich von der Münchner ÖDP die Sache vor Ort erklären und ziehen Sie dann los, um möglichst viele Unterschriften zu sammeln. Diese Aktion ist vielleicht die wichtigste ÖDP-Aktion dieses Jahrzehnts – sie muss eine Aktion von uns allen sein.

### Freihandel und Flüchtlinge:

Meine Damen und Herren, schon der Titel ist eine Mogelpackung – „Freihandel!“ Mit Freihandel haben die fraglichen Abkommen CETA, TTIP und TiSA aber überhaupt nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um den Versuch neoliberaler Marktradikaler, den so genannten Washingtoner Consensus in ein unumkehrbares Vertragskonstrukt für die Ewigkeit festzuschreiben. Der Washingtoner Consensus beruht im Wesentlichen auf drei Glaubenssätzen:

- Möglichst vollständige Deregulierung
- Umfassende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und
- Schrankenloser Freihandel

Warum ist der Titel „Freihandel“ eine Mogelpackung? Unter Freihandel im klassischen Sinn wird ein internationaler Handel ohne Handelshemmnisse wie Zölle oder Import-Kontingente verstanden. Dazu muss man wissen, dass zwischen der EU und Kanada bzw. den USA kaum noch solche Handelshemmnisse bestehen. Das Zauberwort für CETA, TTIP und TiSA heißt „nichttarifäre Handelshindernisse“. Nach Auslegung der Marktradikalen ist kaum eine staatliche Maßnahme denkbar, die nicht als „nichttarifäres Handelshindernis“ interpretierbar ist. Denken Sie an den Mindestlohn – gab es vorher nicht, kaum wird er eingeführt, verringert er die Gewinnpotentiale ausländischer Investoren – Folge „nichttarifäres Handelshindernis“, das den Staat zum Schadenersatz verpflichtet. In unserem Kreis ist es nicht mehr erforderlich, dass ich die weiteren enthaltenen Kröten erläutere: private Schiedsstellen, regulatorische Kooperation, Ewigkeitsklausel usw. Das Ziel aller wirtschaftlichen Betätigung – und so steht es mehr oder weniger gleichlautend in den Verfassungen aller demokratischen Staatsordnungen – die Förderung des Gemeinwohls für die Bevölkerung – wird den Interessen der multinationalen Konzerne und deren Gewinnmaximierung geopfert.

Liebe Parteifreunde, wenn CETA, TTIP und TiSA in Kraft treten sollten, können wir uns als ÖDP mit unseren Zielen aus der Politik verabschieden. CETA, TTIP und TiSA sind Verträge zur Selbstentmachtung der Politik – Frau Merkel hat dieses Endziel einmal als marktkonforme Demokratie bezeichnet. Das Gegenteil muss passieren – die Wirtschaft muss vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden – nicht Gewinnmaximierung zu Gunsten weniger Großkonzerne ist das Ziel unserer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, sondern eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl

dient. So fordert es Artikel 151 der Bayerischen Verfassung. Dazu legt Ihnen der Landesvorstand heute einen Leitantrag mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient!“ vor. An dieser Stelle bedanke ich mich beim Bezirksverband München für die Anregungen und bei unserem Landesbeauftragten für Grundsatzfragen, Bernhard Suttner, für die Ausformulierung der 10 Thesen. Sie finden diese 10 Thesen im vorliegenden Leitantrag.

Zurück zu CETA, TTIP und TiSA. Für CETA sind die Verhandlungen abgeschlossen, jetzt stehen die Ratifizierungsverfahren auf der Tagesordnung.

Jetzt kommt die Stunde der Parlamente. Im Hintergrund wird wohl noch versucht, die Beteiligung der nationalen Parlamente zu verhindern. CETA greift aber so weit in die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten ein, dass alle Parlamente der 28 Mitgliedsstaaten über Zustimmung oder Ablehnung entscheiden müssen. Aber selbst wenn „nur“ das Europaparlament in der Verantwortung stünde, dann wäre es die Verantwortung der gewählten Parlamentarier, ihre eigene Entmachtung abzuwehren.

Ja, es ist jetzt die Stunde der Parlamente. Es ist die Stunde der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten der Völker. Die Kommission, der Rat der Regierungen, die beauftragten Diplomaten, auch die Lobbyisten – diese alle hatten bisher dieses Projekt in der Hand. Sie wollten es vor der kritischen Öffentlichkeit durch die Geheimhaltung „schützen“. Das alles ist nun vorbei. Parlamentsberatung heißt nicht nur öffentliche Debatte. Parlamentsberatung heißt auch, dass sich keine gewählte Person um eine klare Stellungnahme drücken kann:

Für oder gegen die Genmanipulation in der Landwirtschaft?

Für oder gegen Fracking und Öl aus Teersanden?

Für oder gegen private Schiedsstellen, vor denen Staaten wegen angeblich entgangener Gewinnchancen verklagt werden können?

Für oder gegen einen ständigen Rat für regulatorische Kooperation, also für eine neue Form des Lobbyismus, mit der Ideen für neue Gesetzgebungen vorsortiert, bewertet und gegebenenfalls abgewürgt werden sollen?

Für oder gegen eine Einschränkung qualitativer Kriterien bei der öffentlichen Vergabe?

Für oder gegen Klauseln, die eine Änderung des Vertrages auf alle Ewigkeit verhindern sollen?

Und vielleicht die wichtigste Frage:

Für oder gegen die einseitige Kooperation der ohnehin mächtigen Wirtschaftsräume zum Schaden der benachteiligten Länder – also: Für oder gegen das Konzept Fairhandel statt Freihandel?

Wenn CETA in Kraft tritt, mit welcher Begründung sollte man dann TTIP und TiSA verhindern? Es droht die Gefahr, dass CETA als Blaupause für die offenen Abkommen dient. CETA muss an den Parlamenten scheitern, denn dieser Vertrag wird die gewählten Volksvertretungen massiv schwächen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Parlamente diese Schwächung gefallen lassen oder gar wünschen.

Da wir aber mit allem rechnen müssen, ist es gut, dass Umweltinstitut, Mehr Demokratie, BN und Katholische Arbeitnehmerbewegung KAB sich zur Initiative für das Volksbegehren „Stopp CETA!“ zusammengefunden haben.

Die Vorgehensweise nötigt einem ob ihrer Findigkeit gehörigen Respekt ab. Es wird die neu geschaffene Verfassungsnorm Art. 70 Absatz 4 in der Bayerischen Verfassung genutzt, die wie folgt lautet: „Ist das Recht der Gesetzgebung durch die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union betroffen, kann die Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben durch Gesetz gebunden werden.“ Und da in Bayern neben dem Landtag die Bayerische Bevölkerung direkt als Gesetzgeber tätig werden kann, wird die Volksgesetzgebung genutzt, um die Staatsregierung zur Ablehnung von CETA im Bundesrat zu verpflichten.

Liebe Parteifreunde, der Landesvorstand hat umgehend die Unterstützung der ÖDP Bayern für dieses Volksbegehren erklärt, wir waren von allen Parteien die erste. Wir wollen unsere Unterstützung heute durch einen Beschluss des Landesparteitages bekräftigen und legen Ihnen dazu einen Initiativantrag vor. Der Initiativantrag ist notwendig, weil der Start des Volksbegehrens erst nach dem Antragsschluss für diesen Landesparteitag bekannt wurde.

Die Überschrift über die zu behandelnde Problematik lautet Freihandel und Flüchtlinge. Jetzt kommen wir zu den Flüchtlingen. Der ÖDP-Fanclub Gerd Müller hat Neues zu vermelden. Sie wissen ja, unser Fanclub unterstützt Entwicklungsminister Müller, weil er immer so richtige Dinge sagt und tatsächlich hat er wieder gesprochen. Bei einem Interview mit den Nürnberger Nachrichten am 23.04.2016 hat sich Minister Müller im Zusammenhang fairer Handel – Freihandel wie folgt geäußert: „Ich würde das nie Freihandelsabkommen nennen. Denn Freihandel ist Ausbeutung. Freier Handel heißt grenzenloser Handel. Ich bin für Standards. Und deswegen muss so ein Freihandelsabkommen auch ein soziales und ökologische Abkommen sein und die Möglichkeiten der Entwicklungsländer berücksichtigen.“

Auf diese Aussagen hin habe ich folgenden offenen Brief an Minister Müller geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Gerd Müller,

mit Anerkennung und Freude nehme ich zur Kenntnis, dass Sie sich immer wieder sehr kritisch zum Konzept „Freihandel“ äußern. Nicht nur in Ihrem denkwürdigen Vortrag bei der Katholischen Akademie in München am 01.12. 2014, sondern z. B. auch in einem Interview mit den Nürnberger Nachrichten vom 23.04.2016 üben Sie massive Kritik und fordern statt Freihandelsabkommen den Abschluss von Fairhandelsverträgen mit ökologischen und sozialen Standards.

Wir stehen derzeit ganz offensichtlich in einer entscheidenden Phase der TTIP-Verhandlungen mit den USA und wir stehen unmittelbar vor dem Ratifizierungsverfahren zum CETA-Abkommen. Ich rechne jetzt damit, dass Sie sich erkennbar an die Seite der Kritiker dieser Abkommen stellen. Enthält der CETA-Vertrag etwa tatsächlich die von Ihnen verlangten positiven Impulse für die Chancen der Entwicklungsländer? Wird zwischen EU und USA wirklich über entsprechende soziale und ökologische Standards im TTIP-Abkommen beraten? Haben diese Abkommen positive Auswirkungen auf eine gerechtere Chancen- und Güterverteilung im globalen Gesamtzusammenhang?

Nochmals: Ihre öffentlichen Aussagen finden größtenteils meine leidenschaftliche Zustimmung. Eine Zustimmung zu TTIP und CETA im Bundeskabinett und im Bundestag würde Ihre öffentlichen Äußerungen entwerten.

Mit freundlichen Grüßen  
Klaus Mrasek“

Liebe Parteifreunde, angesichts des arabischen Frühlings hat mein Vorgänger Bernhard Suttner damals einen Marshallplan für Afrika gefordert. Wir werden die Menschen nur dann zum Bleiben bewegen können, wenn vor Ort in ihren Heimatländern lebenswerte Verhältnisse herrschen, Krieg und Gewalt verbannt sowie zukunftsfähige Perspektiven eröffnet werden. 95 Prozent der Flüchtlinge aus Afrika kommen aus Somalia, Eritrea und Nigeria. Allein in dieser Woche sind Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrunken. Angesichts dessen müssen die Mitgliedsstaaten der EU ihre Initiativen bündeln und in diesen Brennpunkten der Fluchtherkunftsländer tätig werden. Im Nahen Osten muss der Bürgerkrieg in Syrien beendet und der Irak stabilisiert werden.

Und die Freihandelsabkommen müssen durch Fairhandelsabkommen ersetzt werden, die eine Teilnahme am internationalen Handel nur zulassen, wenn

- die Arbeitsschutzvorschriften der UN-Arbeitsorganisation beachtet werden
- existenzsichernde Mindestlöhne für alle Arbeitskräfte gesetzlich garantiert werden
- die Gesetze zum Schutz der Lebensgrundlagen (Wasser, Boden, Klima und Artenvielfalt) stetig verbessert werden.

#### Glyphosat und Milchpreise:

Meine Damen und Herren, nun folgt der Dauerbrenner Landwirtschaft. In der Diskussion um die Zulassungsverlängerung des Pflanzengifts Glyphosat in der EU kann man sich nur mit Verwunderung die Augen reiben. Wurde uns während der Verhandlungen zwischen Kanada, USA und EU nicht immer wieder versichert, dass in der EU das Vorsorgeprinzip gelte und deshalb gefährliche Substanzen aus dem Verkehr gezogen werden? In Deutschland werden jährlich 5.000 Tonnen Glyphosat in die Umwelt ausgebracht, der Stoff findet sich zwischenzeitlich überall, z. B. im Brot, in der Muttermilch, im Urin. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Glyphosat mittlerweile als möglicherweise krebserzeugend ein. Anders dagegen das Bundesinstitut für Risikobewertung BfR – nach dessen Aussagen ist Glyphosat eines der gesündesten Gifte, die es jemals gegeben hat – gut, das BfR formuliert es etwas anders, aber man fühlt sich an den bekannten Spruch erinnert: „A Guader halts aus und um an Schlechtern is niert schod!“ Also Nichts mit dem EU-Vorsorgeprinzip, im Gegenteil, es wiederholt sich das bekannte Schauspiel Agrarkonzerne und Bauernverband gegen Verbraucher- und Umweltschützer und ökologische Landwirtschaft. Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem Konflikt? Keine klare Stellungnahme, deshalb enthält man sich bei der entscheidenden Abstimmung auf EU-Ebene.

Und damit gleich zur nächsten offenen Baustelle im Bereich der Landwirtschaft. Der Milchpreis stürzt ins Bodenlose. Sie erinnern sich sicherlich, es tritt genau das Szenario ein, vor dem alle bei Abschaffung der Milchquote gewarnt haben. Es wird

produziert ohne Rücksicht auf Verluste – die Folgen waren von vorneherein absehbar. Die Marktsituation bei der Milch ist beispielhaft für eine völlige Fehlsteuerung in der Agrarpolitik. Wieso müssen die Landwirte in der EU für den Weltmarkt produzieren? Führt nicht genau diese Politik dazu, dass Futtermittel in riesigen Mengen aus Drittstaaten in die EU geliefert werden? Diese Futtermittel werden dort anstelle von Nahrungsmitteln angebaut. Zerstören nicht gerade die EU-Agrarexporte zu Dumpingpreisen regionale Versorgungsketten und verstärken dadurch die Land- bzw. Armutsflucht? Ruiniert der ausschließlich mengenorientierte Wettbewerb in der EU nicht unsere bäuerlichen Familienbetriebe? Wachsen oder weichen – daran hat sich nichts geändert. Vor diesem Hintergrund kann man sich aufmalen, was passieren wird, wenn Betriebe aus den USA oder Canada, die im Durchschnitt 10-mal so groß sind wie die EU-Betriebe, im Zuge des „Freihandels“ in Europa ihr Wirken entfalten.

Die Enthüllungen von Greenpeace haben bewiesen: TTIP wird von der US-Regierung vor allem mit dem Ziel betrieben, der industrialisierten amerikanischen Landwirtschaft mit der wachstumsbeschleunigenden Hormonfütterung und der Genmanipulation endlich auch die europäischen Märkte zu öffnen. Das war auch schon am 27.11.2015 im Landwirtschaftlichen Wochenblatt zu lesen: Die Zeitung des Bauernverbandes beruft sich auf Studien des US-Landwirtschaftsministers, in denen vor allem bei Rindfleisch und Milch große Vorteile für die amerikanischen Agrarexporte zu erwarten seien – wenn TTIP kommt! Dass der Bauernverband nicht ganz vorne bei der TTIP-Kritik steht, verwundert mich mehr denn je! Die Funktionäre des Bauernverbands träumen immer schon vom Weltmarkt – obwohl das für die meisten bayerischen Landwirte ein Alptraum ist.

Nach unserer Überzeugung unterliegt die EU-Agrarpolitik seit jeher einer grundsätzlichen Fehlsteuerung. Die Landwirtschaft ist auf die Versorgung der europäischen Bevölkerung auszurichten und dazu gehört bei der Milch eben eine Quotierung der Menge. Die Massentierhaltung ist zu beenden, die Haltung von Nutztieren ist an die vorhandenen Flächen zu binden, um einerseits die Futtererzeugung vor Ort zu ermöglichen und eine umweltgerechte Verwertung der Reststoffe zu ermöglichen. Direktzahlungen sind zu deckeln und an Umwelt- und Beschäftigungsstandards zu knüpfen. Die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft ist als eigenständige Leistung zu vergüten. Mit unserem Existenzsicherungsvertrag wollen wir der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft eine verlässliche Grundlage für die Zukunft garantieren. Dazu gehört, dass die Landwirtschaft in Bayern gentechnikfrei bleibt.

Lassen wir uns auch nicht durch das Argument Ernährung der Weltbevölkerung in die Irre führen. Im Welternährungsbericht der UN wird verdeutlicht, dass die Beseitigung des Hungers nur durch eine dezentrale, an die örtlichen Verhältnisse angepasste Landwirtschaft erfolgen kann.

Den Agrar- und Lebensmittelkonzernen geht es aber primär um etwas anderes – um die Schaffung dauerhafter Absatzmärkte für ihre genmanipulierten Pflanzen, ihre dazugehörigen Pflanzengifte und Düngemittel sowie ihre Nahrungsmittel, die sie über eigene Produktionsketten unter Ausnutzung aller Wertschöpfungsschritte erzeugen. Über diese Diskrepanz in der Zielsetzung – Ernährung der Weltbevölkerung gegen Gewinnmaximierung der Agrar- und Lebensmittelkonzerne müssen wir die Öffentlichkeit informieren.

Meine Damen und Herren, mit unseren Forderungen befinden wir uns in guter Gesellschaft mit Umwelt- und Verbraucherschützern, mit den Vertretern der bäuerlichen Landwirtschaft, mit den ökologischen Anbauverbänden und den Entwicklungshilfeorganisationen. Wir vertreten die richtige Seite.

### Neues aus der ÖDP:

Liebe Parteifreunde, gemeinsam mit Ihnen hat sich der Landesvorstand vorgenommen, die wahlfreien Zeiten zu nutzen, um unsere Strukturen zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an unseren MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner, der uns mit seinen Touren durch Ober- und Unterfranken massiv geholfen hat. Lieber Klaus, herzlichen Dank für Deine Unterstützung. In diesen Dank schließe ich unsere Bundesvorsitzende Gabi Schimmer-Göresz und unseren Landesbeauftragten für Grundsatzfragen Bernhard Suttner ein. Beide haben die Veranstaltungsreihe mit ihren Vorträgen bereichert. Und last but not least gilt mein Dank unseren beiden Tour-Managern Willi Streit und Markus Raschke und der Landesgeschäftsstelle für die logistische Unterstützung. Im Anschluss sehen Sie einen Filmbeitrag von Willi Streit über die Stopp TTIP Demonstration in Aschaffenburg. Allein in Aschaffenburg haben wir ... neue Mitglieder gewinnen können. Auf unserer Homepage finden Sie weitere Filmbeiträge von unseren Veranstaltungen, auch vom heutigen Landesparteitag.

Es tut sich etwas bei unserem Parteinachwuchs. Im Februar haben sich die Jungen Ökologen in Niederbayern gegründet haben und dieses Beispiel macht Schule. Am 25. Juni steht die Gründung der Jungen Ökologen in der Oberpfalz auf dem Programm. Parallel zum Landesparteitag treffen sich unsere jungen Parteifreunde heute hier in Schwabach. Sie wollen aktiv werden und ihre Altersgenossen für unsere Politik begeistern. Ich finde, das ist ein ermutigendes Zeichen für die Zukunft unserer ÖDP.

Liebe Parteifreunde, 2017 steht die Bundestagswahl auf dem Programm. Stephan Treffler wird Ihnen heute dazu die Überlegungen des Landesvorstandes vorstellen. Und es wird munter weitergehen – bis 2020 finden in jedem Jahr Wahlen statt, den zugehörigen Fahrplan wird Ihnen anschließend Urban Mangold erläutern. Wir, die ÖDP Bayern, sind eine Partei der Freiwilligen und Ehrenamtlichen – Sie alle, die Sie heute in Schwabach anwesend sind, beweisen dies. Gemeinsam mit Ihnen wollen der Landesvorstand und unsere hauptamtlichen Mitarbeiter die zukünftigen Herausforderungen angehen. Dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Noch eine Wahl findet statt – eine außerordentliche Landratswahl in Kelheim. Es freut mich, dass die Kandidatin der ÖDP – übrigens die einzige Frau unter den Bewerbern – heute anwesend ist. Liebe Birgit Wack, bitte kommen Sie nach vorne, wir sind gespannt auf Ihre Vorstellung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

F.d.R.  
Klaus Mrasek

## Vorstellung unseres diesjährigen Gastredners, Herrn Günter Grzega:

Liebe Parteifreunde,

es ist mir eine große Freude, dass es uns gelungen ist, Herrn Günter Grzega als Gastredner für unseren diesjährigen Landesparteitag zu gewinnen. In der ÖDP beschäftigen wir uns seit geraumer Zeit intensiv mit der Frage, wie die Marktwirtschaft weiterentwickelt werden muss, um zukunftsfähig zu werden. Denken sie an die Veranstaltungen mit Prof. Nico Paech zur Postwachstumsökonomie und mit Christian Felber zur Gemeinwohlökonomie.

Günter Grzega wird uns in seiner Rede unter dem Titel "Das Geldsystem in unserer Wirtschaft" seine Gedanken dazu mitteilen. Herr Grzega weiß, wovon er spricht. Er hat uns seinen „Steckbrief“ zur Verfügung gestellt, aus dem ich zitieren darf: Von Profession her Diplom Bankbetriebswirt und Diplom Verwaltungsbetriebswirt war Herr Grzega Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank München eG. Als überzeugter Genossenschaftsbanker hat er die Sparda-Bank München eG in seiner Amtszeit zur größten Genossenschaftsbank Bayerns geführt mit einer Bilanzsumme 6 Milliarden €. Die Bank hat diese Position aus eigener Kraft und ohne Fusionen erreicht.

Was mich besonders beeindruckt: Günter Grzega lehnte schon zu Beginn der 1990iger Jahre konsequent die neoliberale „Shareholder Value-Ideologie“ ab und richtete die genossenschaftliche Sparda-Bank zusammen mit seinen Vorstandskollegen nach der „Stakeholder-Wirtschaftstheorie“ aus, also um letztlich alle Beteiligten, nämlich Kundinnen und Kunden, Eigentümer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die gesamte Gesellschaft zu Gewinnern eines Wirtschaftsunternehmens zu machen.

In seinem Ruhestand – genauer gesagt müsste man von einem Unruhestand sprechen – ist Herr Grzega engagiert als Mitglied im „Senat der Wirtschaft Deutschlands“ und arbeitet für die „Global-Marshall-Plan-Initiative“ zur Bekämpfung der weltweiten Armut. Diese Initiative wird auch von der ÖDP unterstützt. Die Aufzählung ist bei weitem noch nicht vollständig.

"Das Geldsystem in unserer Wirtschaft"

Abschaffung des Bargeldes, Helikoptergeld, Nullzinspolitik der EZB – das sind ein paar aktuelle Schlagworte zur Geldpolitik.

Welche Auswirkungen daraus resultieren können, erfahren Sie durch unseren Gastredner.

Lieber Herr Grzega, ich freue mich, dass Sie heute zu unserem Landesparteitag gekommen sind, um uns ein sehr ernstes Thema detaillierter nahezubringen und darf Sie jetzt um Ihre Rede bitten.